



Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 01. Dezember 2015

Vorlagen-Nr. 15-F-33-0091

**Gesicherte Trinkwasserversorgung für Wiesbaden
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.11.2015**

Im Bewusstsein der Bedeutung einer gesicherten öffentlichen Trinkwasserversorgung für den Ballungsraum Rhein-Main erarbeiten die Städte Wiesbaden, Frankfurt am Main und Darmstadt als kommunale Aufgabenträger sowie das Land Hessen, vertreten durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Eckpunkte für eine regionale Wasserversorgungsstrategie. Gemeinsames Ziel der Strategieinitiative ist es, im Rahmen der jeweiligen Aufgabenverantwortlichkeiten den erreichten Stand der Versorgung mit Trink- und Brauchwasser im Wirtschafts- und Lebensraum Südhessen auf Dauer zu erhalten und ausgerichtet an den aktuellen Bedürfnissen und den Grundsätzen der Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Hierbei geht es auch um eine zukunftsfähige regionale Organisationsstruktur der öffentlichen Wasserversorgung unter Beibehaltung der dezentralen Wasserbeschaffung, deren ökologischen Auswirkungen oder einer optimierten Wasserverteilung zu den Verbrauchsräumen im Ballungsraum.

Wie zahlreiche Beispiele der Vergangenheit zeigen, bedarf es für eine nachhaltige Sicherung der Wasserversorgung in Qualität und Menge unter einer allgemein erschwinglichen Kostenstruktur, einer starken Rolle der Öffentlichen Hand. Nahezu alle Privatisierungsverfahren hatten bis dato entweder massive Preiserhöhungen oder aber erhebliche Verschlechterungen in Qualität des Wassers oder der Rohrleitungssysteme zur Folge.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den aktuellen Sachstand zu einer regionalen Wasserversorgungsstrategie zu berichten.
2. mögliche Risiken bei Nichtzustandekommen einer solchen Wasserversorgungsstrategie für den Ballungsraum Rhein-Main darzustellen.
3. gemeinsam mit den anderen betroffenen Kommunen auf allen Ebenen mit Nachdruck die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als öffentliche Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern.

Beschluss Nr. 0155

Der Antrag ist angenommen und ist zur Beratung in der Sitzung am 16.02.2016 vorzusehen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2015

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2015

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2015

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister